

## Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 12.12.2023

---

### Öffentlicher Teil

#### TOP .      Mitteilungen

Herr Groening berichtet von der Flutkatastrophe 2021. Dazu sei seinerzeit ein städtisches Spendenkonto für die von der Flut Betroffenen eingerichtet worden. Darauf seien überraschenderweise insgesamt 2,98 Millionen Euro eingegangen, die hätten verteilt werden müssen. Man habe in 4.363 Fällen Soforthilfen in Höhe 1,579 Millionen Euro ausgezahlt. An Soforthilfen vom Land seien in weiteren 1.350 Fällen Gelder in Höhe von ca. 2,7 Millionen Euro ausgezahlt worden. Ein Betrag in Höhe von ca. 1,4 Millionen Euro sei übrig geblieben, den man auch an die von der Flut Betroffenen ausgezahlt habe. Dazu habe es ein Wiederaufbauprogramm des Landes gegeben, das allerdings aus Sicht der Betroffenen den kleinen Fehler gehabt habe, dass nur 80 Prozent der Kosten ersetzt wurden. Es sei ein Eigenanteil von 20 Prozent zu tragen gewesen. Diesen Eigenanteil habe man an der Stelle in ca. 100 Fällen durch die Herausgabe der Spendengelder abgedeckt.

Verausgabt worden seien diese Spenden in Ergänzung zu den Landesmitteln über eine Spendenkommission. Mittlerweile seien die Gelder vollständig ausgezahlt.

Weiterhin nimmt Herr Groening Bezug auf die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 19.09.2023, in der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Antrag zur Netzwerkkoordination für die Sozialräume Altenhagen/ Eckesey-Süd und Zentrum/Remberg vorgelegen habe. Bestandteil des Beschlusses sei gewesen, für die Gremienrunde im Oktober einen Bericht vorzulegen. Vom Grundsatz her könne sich die Verwaltung sehr gut mit diesem Beschlussvorschlag identifizieren, weil es dem entspreche, was man selbst überlegt habe. Problem sei, dass man es in der vorgegebenen Zeit nicht geschafft habe, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln. Das liege daran, dass der mit dieser Aufgabe betraute Sozialplaner seinen Dienst bei der Stadt Hagen quittiert habe. Aus dem Grunde sei es zu Verzögerungen gekommen. Man gehe davon aus, dass man im Sommer 2024 dazu eine entsprechende Vorlage vorlegen könne.